

Der Landbote

SPORT

ENTLASSUNGEN im finnischen Skiverband, nachdem auch Janne Immonen des Dopings bei der WM in Lahti überführt worden ist – und ein mysteriöser Kofferfund beim Flughafen. / 35



SCHWEIZ

IN KINDERKRIPPEN zu investieren und an bedürftige Familien Ergänzungsleistungen auszurichten, empfiehlt die Nationalratskommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. / 5

WINTERTHUR

IM KAMPF um die Gunst der letzten unentschiedenen Wählerinnen und Wähler lassen sich die drei Stadtratskandidierenden zum Teil originelle Aktionen einfallen. / 15

FEUILLETON

DAS VOLKSDRAMA vom falschen Zaren: Mussorgskis Oper «Boris Godunow» in einer hervorragenden Aufführung der Ukrainischen Staatsoper Kiew im Theater Winterthur. / 18

EKZ-PRIVATISIERUNG

Widerstand von links angekündigt

ZÜRICH. Das Zürcher Kantonsparlament hat sich gestern mehrheitlich für die Privatisierung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ausgesprochen. Mit 94 zu 50 Stimmen setzten sich die Bürgerlichen gegen SP, Grüne und EVP durch, die das Verteilnetz aus Gründen der Versorgungssicherheit beim Kanton belassen wollten. Zudem beschloss der Kantonsrat letztlich klar, die Vorlage, welche die Voraussetzungen für die Integration der EKZ in die private Axpo Holding schafft, obligatorisch dem Stimmvolk vorzulegen, obwohl das Referendum fakultativ ist. Das Ziel dieses FDP-Vorstosses ist, das Gesetz möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen, da der Kanton Zürich innerhalb der europäischen Strommarktliberalisierung in Verzug sei. Diesem Entscheid war ein parteipolitischer Schlagabtausch vorausgegangen, der auf einen aggressiven Abstimmungskampf von Seiten der SP hindeutet. Voraussichtlich findet die Volksabstimmung schon am 10. Juni statt. (pu) / Seite 31

PARLAMENT WILL VERSELBSTSTÄNDIGUNG DER STADTWERKE

Netz und KVA sollen mit



Bild: Heinz Diener

Warten auf das Urteil des Rats: Stadtwerkdirektor Urs von Burg, Departementssekretär Daniel Jeker und Stadtrat Leo Iten.

Fünf Geschäftsfelder der Stadtwerke sollen zur AG werden, hat das Parlament nach fast sechs Stunden entschieden.

WINTERTHUR. Das kennt man sonst nur von Debatten in Brüssel: Von 16.15 Uhr bis kurz vor Mitternacht, allen Ordnungsanträgen zum Trotz, hat der Grosse Gemeinderat gebrütet. Mit Ausnahme einer dringlichen Interpellation zur Schulbehördenreform über einem einzigen Traktandum, der Ausgliederung der Städtischen Werke aus der Verwaltung. Beschreiben kann man die Mammutdebatte mit zwei Stichworten: dem

«Glaubenskrieg» (Maja Ingold, evp) zwischen Liberalisierern auf der rechten und Hütern der demokratischen Mitspracherechte auf der linken Ratsseite sowie dem «Rückzugsgefecht der SP» (Haymo Empl, cvp). Weil sowohl auf SP-Seite als auch bei der SVP je ein Gemeinderat entschuldigt war und weil drei der fünf EVP-Mitglieder mit den Bürgerlichen stimmten, unterlag der Rückweisungsantrag der SP mit 29 zu 28 Stimmen.

SP muss untendurch

Der Debatte über den Markt, «es herrscht die Macht des Faktischen» (Kommissionssprecher Dieter Kläy,

fdp), folgte die Detailberatung. Doch auch hier blieben SP und Grüne zumeist in der Minderheit: Nicht der Gemeinderat soll die Aktionärsrechte der neuen Firma wahren, erst der Verkauf einer Aktienmehrheit kommt vors Volk und ausgegliedert werden auch die Verteilnetze und die Kehrlichtverbrennungsanlage. Zwei Änderungen brachte das linksgrüne Lager durch, da auch Stadtrat Leo Iten (svp) keinen Widerstand anmeldete: Die künftige AG muss eine Haftpflichtversicherung über mindestens 50 Millionen Franken abschliessen, und sollte sie Konkurs gehen, können die Verträge fristlos aufgelöst werden. (ab) / Seite 13

ISRAEL

Grosse Koalition

JERUSALEM. Der Zentralrat der israelischen Arbeitspartei hat gestern Abend nach einer stürmischen Sitzung im Verhältnis von zwei zu eins für eine grosse Koalition mit dem rechtsgerichteten Likud-Block gestimmt. Drei Wochen nach der Ministerpräsidentenwahl einigten sich zudem Unterhändler der Arbeitspartei und des Likud-Blocks auf Programm und Postenverteilung einer gemeinsamen Regierung. Die letzten Hindernisse seien überwunden, sagte ein Sprecher des designierten israelischen Regierungschefs Ariel Sharon in Jerusalem. Nach Angaben von Sharons Sprecher soll die Arbeitspartei die Ministerien für Auswärtiges, Verteidigung, Handel, Industrie, Wissenschaft, Landwirtschaft sowie zwei Posten ohne Ressortzuteilung erhalten. (ag) / Seite 3

DIE EU WILL AUSBREITUNG DER MAUL- UND KLAUENSEUCHE VERHINDERN

Zweifrontenkrieg unter Zeitdruck

Während draussen Bauern den Verkehr lahm legten, stritten die Agrarminister über Massnahmen gegen das Fleischmalaise.

BRÜSSEL. Die belgische Polizei ging gegen aufgebrachte Landwirte vor, die sich vor dem Ministertreffen zu einer Demonstration versammelt hatten. Die über 1000 Bauern lösten in der Stadt ein Verkehrschaos aus. Etwa 900 Traktoren fuhren in den Norden Brüssels, doch 200 Meter vor dem Tagungsort wurden die Demonstranten von der Polizei gestoppt. Sie setzte auch Tränengas ein. Angesichts der Panik bei den Bauern und bei vielen Konsumenten liessen sich die meisten Minister leicht zu nationalen Alleingängen hinreissen. Jeder verdächtigt derweil jeden, unerkant «seine»

Landwirte zu subventionieren. In dieser Situation versucht sich EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler mit einem Siebenpunktepaket als Vermittler: Das Paket, das in den Jahren 2001 bis 2003 rund 1,5 Milliarden Euro verschlingen würde, soll helfen, die unverkäuflichen Rinder vom Markt zu nehmen, Anreize für eine Produktionssteigerung zu beseitigen und eine Extensivierung der Rinderzucht zu fördern. Beim Agrarrat in Brüssel zeichnete sich gestern am späten Abend keine einheitliche Linie ab: Neben Deutschland sind auch Italien, die Niederlande, Finnland und Dänemark gegen die Pläne von Kommissar Fischler, EU-weit weitere 1,2 Millionen Kühe notzuschlachten.

Um der Maul- und Klauenseuche Herr zu werden, die sich mittlerweile auf zwölf Betriebe ausgedehnt hat, wurden

in England über 7000 Tiere getötet und auf grossen Scheiterhaufen verbrannt. Allein im Ort des Ursprungs der Seuche brannte am Wochenende ein Feuer zur Vernichtung von 800 toten Schweinen. Die niederländische Regierung ordnete die vorsorgliche Tötung von mehr als 2400 Schafen und 600 Hirschen an, die spanische von 540 Schweinen. In Nordrhein-Westfalen wurden vorsorglich rund 400 Schafe getötet, die aus Grossbritannien importiert worden waren, und Frankreich gab die Überwachung von über 47 000 Schafen bekannt, die heuer eingeführt wurden. Die EU hatte im Rahmen des Exportverbots für britisches Fleisch verfügt, dass Tiertransporte, die bis zu drei Wochen vor dem ersten Seuchenfall stattfanden, zurückverfolgt und die Tiere aus dem Verkehr gezogen würden. (ld) / Seiten 5 und 9

KOMMENTAR

Gemeinderat gründet Firma

von ANDRI BRYNER

Die Globalisierung ist Tatsache. Die Liberalisierung rollt. Und nun ist der Stadtrat auch dem Ziel, die Winterthurer Stadtwerke zu einer Firma zu machen, einen grossen Schritt näher gekommen. Das Stadtparlament hat der Ausgliederung von fünf heutigen Verwaltungseinheiten, samt Kehrlichtverbrennung, zugestimmt. Was noch fehlt, ist ein Ja des Stimmvolks. Im Rat sind SP und Grüne unterlegen. In der Volksabstimmung dürften sie nochmals mit allen Mitteln versuchen, den immer schneller fahrenden Zug zu bremsen. Ob er wirklich auf Stumpengeleise braust – wie diese zwei Fraktionen fürchten – oder vielleicht doch die richtigen Stationen anfährt, kann heute niemand sagen. Denn der Fahrplan wird nicht in Winterthur geschrieben, zum Beispiel bei den grossen Stromkonzernen EDF und Eon. Was die Stadtwerke Winterthur darum brauchen, ob als AG oder als pfiffiger Verwaltungsbetrieb, sind verantwortungsbewusste und vor allem auch kundennähere Mitarbeiter – noch kundennäher als heute schon. Das ist mit einem Verwaltungsrat, der in Winterthur tagt, einfacher zu erzielen, als mit einem Gremium in Paris oder München. Jetzt müssen sich die Skeptiker überlegen, ob sie mit Heulen und Zähneklappern mehr erreichen oder ob sie sich nicht freuen sollten, dass die Stadt 100 Prozent der Aktien eines gut unterhaltenen Goldesels besitzt. So fänden sich vielleicht Mehrheiten, die eine oder andere Investition – zum Beispiel in die Datenübertragung via Stromnetz – selbst vorzunehmen, statt sie samt späterem Gewinn einem Aktienkäufer zu überlassen.

REKLAME

Theil
Fenster-technik AG, Winterthur

Wir am Fenster der Zukunft ... bieten modernste Technologie.

Seewadelstrasse 22, CH-8444 Henggart
Tel. 052 305 13 13, Fax 052 305 13 14
24 h Rep.-Notfalldienst Tel. 052 305 13 00

INHALT

Ausland	2
Schweiz	4
Wirtschaft/Börse	8/10
Stadt Winterthur	13
Was wie wann wo	14
Feuilleton/Roman	18/19
Region Winterthur	23
Kanton Zürich	30
Wetter	34
Sport	35

Inserate	
Amtliche Publikationen	20, 21
Eulachmarkt	24
Fahrzeugmarkt	24
Immobilien	32, 33
Veranstaltungen	42, 43

